

Saale-Beitung.

werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Hgr., solche aus Halle mit 15 Hgr. berechnet...

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. (Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei mehrmaliger Zahlung 2,75 M., durch die Post 3 M., wovon monatlich 2 M., einmahllich 1 M., ohne Befehlgebühren zu werden von allen Zeitungsbesitzern angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. 5882 des amtl. Zeit.-Verz. (Herausgeber: Verbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Siebentwanzigster Jahrgang.

Nr. 239.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 25. Mai

1893.

Das Steuerbouquet.

Es ist schon ziemlich lange her, daß der Reichsregierung bei der Besprechung der Militärvorlage zugeworfen wurde, daß seine Forderungen mehr gemacht werden dürften. Aber die Wahlmänner sind vergesslich gewesen, und selbst nach der Auslösung des Reichstages scheint man an maßgebender Stelle wiederum eine so unglückliche Taktik zu verfolgen, daß die Stimmung der Wähler leicht ungünstig beeinflusst werden und sich mehr und mehr, wie man schon vor Monaten einige Vergnungen, die Kundgebungen der Presse, vielleicht ein Jahr zurück zu legen. Da begreift man auf beiden Seiten, auf der Seite die Notwendigkeit der Militärvorlage als über jeden Zweifel erhabenen Gegenstand, der Behandlung, daß die Unversässigkeit und Schändlichkeit der Militär-Vorlage eine ebenbürtige unversässige Tatsache sei. In Angriffen auf den Reichstagler zeigten sich besonders freikonervative und konservative Blätter aus; und überall war man einig, daß die Vorlage abgelehnt werden mußte, und daß eine Auflösung des Reichstages nur den Widerstand gegen den Gesetzentwurf verstärken würde. Heute freilich geht es für viele Kreise zur nationalen Stimmung, das Gegenteil von dem zu lehren, was man vor einem halben oder einem ganzen Jahre gelehrt hat. Die Stimmung auf der rechten ist darum weder für die Militärvorlage noch für den Grafen Caprivi günstiger geworden. Man hat dort nur im Trüben fischen wollen, und die fortwährenden Angriffe der „Kreuzzeitung“ und verwandter Blätter auf die nationalliberale Partei, die Aufstellung konservativer Kandidaten auch gegen Freunde der Militärvorlage, wenn sie nicht völlig deutsch-konservativ sind, beweist, daß die äußerste Rechte von der Auflösung des Reichstages weniger die Annahme der Militärvorlage als vielmehr eine Zerbrechung der Mittelparteien erhoffte. Das ist zum Verständnis der inneren Lage zu beherzigen.

Ob aber die Lage der Regierung ohnehin schwierig und gefährdet, so kann sie durch keine Maßnahme nur noch kritischer werden, als durch solche, welche man die jüngsten Kundgebungen des Reichstages anknüpfen, betrachten. Die Bedeutung der Kosten hat schon bisher den schwächsten Punkt in der ohnehin nicht starken Position der Regierung gebildet. Man fragt, wie es möglich war, angesichts einer Militärreform, die überhaupt die große Masse des Volkes durch die verstärkte Aushebung von Rekruten wesentlich belastet, auch noch die finanziellen Kosten dieser Erneuerung vorzugsweise auf die mühsamer bemittelten Volksschichten abzuwälzen. Die Regierung konnte keine schwereren Forderungen stellen als die Erhöhung der Branntwein- und Zehnersteuer, und zugleich eine Erhöhung der Verbrauchssteuer und zugleich eine Erhöhung der Branntwein-Verbrauchssteuer verlangt. Mit der Zehnersteuer hätte sich die große Masse des Volkes sicherlich leicht abgefunden, wenn ihr eine richtige, das solche Geschäftshandlung Form gegeben worden wäre. Der Gesetzentwurf des Freiherrn von Malgahn allerdings war nichts als eine mechanische Verdoppelung der Steuerlast, ein Rechenzettel, aber kein organisches Gesetz. Die Branntweinsteuer fällt ohne Zweifel nahezu ausschließlich auf die ärmeren Klassen des Volkes, und die Vermählung über diesen Vorschlag mußte um so größer sein, als die Branntweinsteuer gegen die ursprüngliche Anknüpfung der Regierung auch nicht einen kleinen Teil ihres Steuerbeitrages angehen lassen. Am meisten Widerstand aber, und mit Recht, fand allenfalls der Plan der Verdoppelung der Zehnersteuer. Der Reichstag ergriff den Grund in ihrer Erhaltung gefürchtet, die Schenksteuer hatten eine Verkleinerung ihres gewerblichen Defizits, einen Kampf auf der einen Seite mit den Branntwein, auf der anderen mit dem Alkohol zu befechten, dessen Ausgang nicht abzusehen war. Und die große Masse des Volkes sah in dem unabweislichen Verkleinerung des Bieres nicht eine Ungerechtigkeit, da Bier auch für den ärmeren Mann in Deutschland ein Nahrungsmittel geworden ist, während der Wein, der Genußgegenstand des Wohlstandes keine neue Last tragen sollte.

Allgemein war hinsichtlich der Steuerforderungen eine gewisse Verwirrung eingetreten, weil man nach den Empfehlungen des Reichstages annahm, daß die Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer angegeben sei. Ein solcher Verzicht sollte auch im preussischen Staatsministerium ausdrücklich gesagt sein. Jetzt kommt der Reichstag mit einer langwierigen Erklärung, die das Gegenteil versichert. Seine Steuern seien vom Bundesrathe einstimmig beschlossen worden, und auf sie zu verzichten, liege vorerst kein Grund vor. Allerdings war diese Erklärung nicht der eigentliche Zweck jener antizipatorischen Erklärung. Es sollte vielmehr zunächst die Sorge vor der Einführung eines Monopols oder vor einer Erhöhung der Tabaksteuer zerstreut werden. Aber dieser Zweck wird durch die Note des Reichstages schwerlich erfüllt werden. Denn dazu ist auf der anderen Seite die Verweigerung der Regierung auf hinsichtlich des Planes zur Deckung der Kosten der Militär-Vorlage nicht fest und bestimmt genug, und wenn auch heute noch keine feste Entschlossenheit ausgesprochen ist, so weiß man doch, daß es auch in Regierungskreisen heute nicht geht, die der Meinung sind, daß der Tabak mehr zu Gunsten und mit dem Spiritusmonopol den allmählichen Alkohol- und Branntweinern am besten dient wäre. Aber der Reichstag hat die Regierung im Laufe der Zeit so viel Geld, das sie nicht auf die jetzt von ihr in Abrede gestellten Ideen zuwenden kann. In der Annahme des Reichstages ist zu nachgeben worden, wie das Finanzministerium in den nächsten Jahren unabhingig steigen muß. Und dann ist es ein unglücklicher Zufall, daß die Annahme von Anleihen zu unpopulärer Bedeutung, als daß sie Anzeichen zu einer lebenden Ein-

richtung im Reiche geworden ist. Diese Schulden-Wirtschaft kann nicht ewig dauern. Man muß endlich daran denken, die Bedürfnisse des Reiches vollkommen durch eigene Einnahmen des Reiches zu befriedigen, ohne unmaßliche Steuern zu machen. Am 31. März 1877 hatte das Reich eine 16 Millionen Schulden, nachdem Ende 1875 sogar nur 60,000 Mark auf dem Debet des Reiches gefunden hatten. Dann ist von Jahr zu Jahr die Schuldenlast gewachsen. Seit Jahr verging, ohne daß 50, 100 oder auch 200 bis 300 Millionen neuer Reichsschulden aufgenommen worden. So ist die Schuldenlast 1889 schon auf 883,773,000 M., im Etatsjahre 1893/94 aber auf 1,755,542,400 M. gewachsen. Zur Verzinsung der Reichsschulden waren im Jahre 1877 erst 67,000 M., 1889 schon über 34 Millionen und 1893/94 bereits 65,675,000 M. erforderlich. Dieser Zustand kann nicht andauern. Da schließlich diese Anleihen, die keine Erträge bringen, Eisenbahnanleihen in Preußen verzinzen sich, Militärleihen im Reiche aber bringen keinerlei Zinsen.

Schon deshalb wäre in der That eine Finanzreform im großen Stile im Reiche auf der Zeit, und deshalb wird auch die Bekämpfung des Tabaks und des Spiritus wenig Wirkung haben. Sie werden sich sagen, daß sie beides über kurz oder lang schwer befechten werden, falls nicht ein durchgreifender Wandel in der Finanzpolitik der Regierung eintritt. So wenig aber in der beschriebenen Zweck auf der einen Seite erreicht wird, so sicher wird ein unbeschreiblicher auf der anderen Seite erzielt. Dadurch, daß die Regierung erklärt, auf die Erhöhung der Verbrauchs- und Branntweinsteuer vorerst nicht zu verzichten, wird die große Masse der mühsamer bemittelten Bevölkerung geradezu in das Lager der Opposition getrieben. Insbesondere werden alle Gegner der Erhöhung der Branntweinsteuer, die sich schon beunruhigt hatten, mit neuer Sorge erfüllt. Was die Regierung auf der einen Seite durch die Verhinderung zu gewinnen hoffte, das muß sie auf der anderen Seite durch die Beunruhigung doppelt und dreifach verlieren. Die Wahlparole, die von dem Grafen Caprivi ausgegangen ist, wird sich die Wähler nicht aneignen können, wenn sie hört, daß nicht nur über die Militärvorlage abgemittelt wird, sondern auch über die Verkleinerung des Bieres. Der Reichstagssekretär sagt sogar, daß über diese Steuerfragen noch nicht eingehend beraten worden sei, sonst hätte er die gegen sie erhobenen Bedenken entkräftet. Tatsächlich ist bereits im Plenum des Reichstages sehr ausgiebig über die Steuerforderungen verhandelt worden. Aber es ist Herrn von Malgahn nicht gelungen, auch bloß einen Schatten von dem Stadium zu befechten, das namentlich auf der Erhöhung der Branntweinsteuer lag. Jetzt wird sich jeder Wähler sagen müssen, daß seine Zustimmung zu Gunsten der Militärvorlage von der Regierung darin gedeutet werden könnte, daß auch die Steuerforderungen gelöst werden könnten, und dadurch müssen die Auswärtigen beunruhigt sein, und was ihnen antizipieren eine erhebliche Verkleinerung erfahren.

Freilich erklärt sich Herr von Malgahn bereit, alle Vorschläge zur Deckung der Kosten der Militär-Vorlage, die gemacht werden, gewissenhaft zu prüfen. Aber es ist nicht Sache der Wähler und auch nicht Sache der Abgeordneten, die Finanzpolitik der Regierung zu machen. Eine Stillforderung, die das Volk Steuerforderungen zu machen, enthält eine Vorkantenerklärung der Reichsfinanzverwaltung. Ein Finanzminister, der selbst nicht inklank ist, annehmbar und durchgereifte, allen andern, etwa möglichen Plänen überlegen Vorschläge zu machen, der genügt den Aufgaben nicht, die das Amt an ihn stellt. Man wird vielleicht nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der Freiherr von Malgahn allerdings das Bewußtsein hegt, er werde gar nicht beuten sein, die Finanzreform im Reiche durchzuführen, und deshalb brauche er sich nicht umwichtige Mühen zu machen. In der That ist in politischen Kreisen die Anschauung weit verbreitet, daß nach dem Abschlusse der preussischen Steuerreform Herr Miquel an die Spitze der Finanzverwaltung des Reiches treten werde, um dort ebenfalls eine Steuerreform großen Stils durchzuführen. Ob es bei dieser Gelegenheit zur Errichtung des selbständig verantwortlichen Schatzkanzleramtes kommt, das Herr von Bennigsen wiederholt gefordert hat, das muß die Zukunft lehren.

Deutsches Reich.

Berlin, 24. Mai. Der Kaiser hat gestern vormittag mit Sonderzug auf dem feldmäßig geschützten Bahnhof in Wiesche ein und sehr nach kurzer Begrüßung der auf dem Bahnhof zum Empfang erschienenen Personen zu Wagen seine Reise nach Gumburg fort. Nach kurzer Fahrt langte der Kaiser mit seiner Begleitung in der feldmäßig geschützten Stadt an und wurde von der Gumburger Garnison, der Gumburger Polizei und einer schwebenden Musikkompagnie abgeholt. Wie die „Allg. Ztg.“ mitteilt, begleitet an Stelle des Gumburger Grafen Gumburg, der erkrankt ist, der Geheimrat Legationsrat von Siedow-Wächter den Kaiser nach Gumburg. — Nach der „Polit. Korrespondenz“ gab der Kaiser gegenüber dem Obersten Kantonleutnant der mit der Besichtigung des Gumburger Bahnhofs des Königs Alexander an den Berliner Hof besuch, was, den Kaiser aus dem Gumburger Hof zu begleiten, die Gumburger Beziehungen zu pflegen, wie er mit dem Vater des Königs umzugehen hatte. — Prinz Friedrich Leopold kam heute vormittag nach Berlin, begab sich nach der Kammer des 2. Garde-Regiments und in der Berliner Hof besuch, was, den Kaiser aus dem Gumburger Hof zu begleiten, die Gumburger Beziehungen zu pflegen, wie er mit dem Vater des Königs umzugehen hatte. — Der heutige Geburtstag der Königin Victoria ist von Gumburgern...

wurde auch in diesem Jahre am blauen Hofe festlich begangen. Das Kaiserin Friedrich-Balais hatte Ringenschmuck angelegt.

SS Berlin, 24. Mai. Vielesch wird in den Wählerkreisen die Frage beantwortet: wie bestm man wohl bei der Regierung über den mutmaßlichen Ausfall der Wahlen? Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir auf diese Frage die Antwort geben: die Anstifter darüber sind auch in den Kreisen der Regierung geteilt. Auf der einen Seite nimmt man an, das augenblickliche Durcheinander der Parteien werde sich bis zum Wahltermin in einem der Regierung und der Militärvorlage günstigen Sinne gelöst haben — auf der anderen Seite herrscht die Meinung vor, ein solcher Prozeß bedürfe zu seiner Vollendung einer längeren Zeit. Aber in einem andern, augenblicklich auch wichtigeren und breitenenden Punkte sind, wie wir bestimmt verstanden können, alle Organe der Regierung einer derselben Anschauung: sollten die Wahlen eine Mehrheit für die Militärvorlage nicht ergeben, so wird die Regierung unverzüglich den neuen Reichstag abermals aufrufen.

Finanzminister D. Miquel hat in diesen Tagen der Veranlassung seines Offiziers, der als Offizier bei den Dragonern in Metz steht, mit der Tochter des Landrats v. Runkel in Neuweid begewohnt und sich schon nach Frankfurt a. M. begeben. Ein dortiges Lokalblatt veröffentlicht ein Interview mit Herrn Miquel, worin sich derselbe über die wirtschaftlichen und finanziellen Seiten der Militärvorlage äußert.

Es sei, so bemerkt der Finanzminister, unrichtig, daß eine Mehrausgabe von 50 bis 60 Millionen die wirtschaftlichen Bedürfnisse der deutschen Nation übersteige. Man könne nicht von einer Bedrohlichkeit der Militäraufgaben zugunsten der Arme sprechen. Niemand zweifle daran, daß eine Verstärkung unserer Wehrmacht nur den Zweck habe, den Frieden zu sichern. Eine nachhaltige Lösung der Militärvorlage würde uns in große Schwierigkeiten und schwere innere Kämpfe versetzen, unser Ansehen im Auslande schwächen, den Respekt vor unserer Macht verringern und damit die Gefahr eines Krieges erhöhen. Für ein frohlockendes Volk, welches sicher ist, daß eine verstärkte Arme nur ein verlässliches Mittel des Friedens und eine neue Gewähr des Friedens in einem Weltkriege, niemals aber eine Verhinderung zu kriegerischen Abenteuern in der Hand des Kaisers sein wird, könne die Wahl nicht schwer sein.

Nach einem im Abgeordnetenhause ausgegebenen Berichtschreiben der unregelmäßig vorliegenden, abgegeben von der nachmaligen Verlesung der Wahlgesetznovelle, welche auf der Tagesordnung der am 30. Mai stattfindenden ersten Sitzung des Reichstages vorliegen, wird die Wahlgesetznovelle wegen Aufhebung direkter Staatsrenten. Ferner haben noch aus die dritte Verlesung des Gesetzes betr. die Verbesserung des Volksschulunterrichts und des Dienstverhältnisses der Volksschullehrer und die 2. und 3. Verlesung des Gesetzes betr. Aufhebung des Volksschulunterrichts; außerdem noch eine Reihe von Etatsvorlagen, über welche die Kommissionsberichte zum Theil noch ausliegen. Die Interpellation des Abg. Graf Douglas betr. die Maßregeln gegenüber der Choleraepidemie steht auf der Tagesordnung der Sitzung vom 30. d. Ferner sind von Anträgen aus dem Hause noch acht merkwürdig, darunter die Anträge Godel und Schepfer betr. die Stasfabrikate für Getreide, Mühlens- und Backfabrikate und endlich noch eine lange Reihe (25) von Verlesungen der Kommissionen über Petitionen. Im Herrenhause sind von den im Abgeordnetenhause erledigten Vorlagen noch rückständig das Substanzengesetz und die Gesetzentwürfe betr. die Ergänzungsteuer und die Kommunalabgaben. Die zweite Abstimmung über die Wahlgesetznovelle und die Beschließung über die geschäftliche Behandlung der Steuerforderungen wird das Herrenthaus heute, wo es wieder zusammentritt, vornehmen.

Die gestern laut gewordene Hoffnung, Emin Pascha könne noch am Leben sein, erhält heute schon wieder ein Dämpfer. Nach Privatberichten, die aus Sanitar nach Berlin gelangt sind, erhielt Tippo-Tipp von einem seiner Verwandten im Innern einen vom 3. Dez. v. J. datierten Brief, der besagt, daß Emin in einem zehntägigen Gefecht gegen Saib den Abend, einen heftigsten Augenblicke, getötet worden wäre. Nach diesem Briefe würde das Gerücht, in dem Innern seinen Tod gefunden haben, sich im November v. J. ungefähr 30 Tage vor dem von den Stantenfällen stattgefunden haben. Nach den bisherigen Nachrichten hatte man vermuthet müssen, daß Emin schon am 13. März v. J. beim Ueberzuge über den Strichfluss durch Manemas ertrunken worden sei.

Günstiglich des vom „Vorwärts“ zuerst veröffentlichten Briefes des Regenten von Brno Albrecht an eine anbetende Exzellenz wird der „Vorwärts“ mitteilt, daß jener Brief hinsichtlich, wie schon vermutet, vom Regenten von Brno aus an den General v. Winterfeld in Berlin, den derzeitigen Kommandeur des Gardecorps, gerichtet gewesen ist. Wegen der Publikation ist übrigens in Brno eine große Aufregung angezettelt worden und es ist dabei vom dortigen Polizeikommissar die rechtliche Beförderung des unregelmäßig Briefes erwiesen. Die „Substanz“ muß danach in der Reichshauptstadt erfolgt sein.

Eine medienbüchrische Substanzhaftigkeit zum künftigen Bismarck muß verstanden werden. Dr. Gumburg stelle auf eine Aufgabe mit. Der Gumburger Staatsrat des Bismarck zur Zeit nicht ganz befriedigend und zu manche Anstrengungen für ihn in nächster Zeit bevorstehen, darf sich anheim-

geben, den Termin der Fahrt noch etwas hinauszulassen. Der hiesige Aufenthalt des Fürsten wird, so weit mir bekannt, bis in den Juli dauern.

Wenn die Gemeinden, was nimmer zu hoffen ist, in Zukunft etwas früher mit der Ausführung des § 119a der Gewerbeordnung und der Errichtung von Erbschaften über die Abzahlung der Löhne der minderjährigen Arbeiter an deren Eltern oder Vormünder vorgehen werden, so wird in den Statuten auch möglichst Rücksicht auf die industriellen Betriebe genommen werden. Denn diese sind bereits infolge der neueren sozialen Gesetzgebung so mit Arbeiten belastet worden, daß eine weitere größere Belastung möglichst vermieden werden muß. Es empfiehlt sich demnach in solchen Erbschaften durchweg festzusetzen, daß jedesmal dann eine Anzahlung von der Auszahlung des Lohnes an Eltern oder Vormünder gemacht werden darf, wenn wegen weiter Entfernung des Wohnortes der letzteren eine Befreiung des Lohnempfangers nur mit großen Schwierigkeiten erhältlich ist. Des weiteren dürfte es angezeigt sein, im Erbschaft auszubereiten, daß mit der Auszahlung an die Eltern keine zivilrechtlichen Ansprüche der letzteren verbunden werden sollen. Es ist fernerhin wichtig, daß die Eltern zur Annahme des im § 119a der Gewerbeordnung erwähnten Zahlungsmodus nicht gezwungen werden können. Es werden demnach die erbschaftlichen Bestimmungen sich darauf beschränken müssen, festzustellen, daß bei Einstellung minderjähriger Arbeiter in Fabriken deren Eltern, soweit sie den neuen Zahlungsmodus wünschen, dies dem Betriebsinhaber schriftlich anzeigen. Einmalige Zahlung eines solchen Lohnes für alle einzelnen minderjährigen Arbeiter dürfte sich auch bei Angelegenheit leicht regeln lassen. Der Zweck des § 119a war lediglich der, die Pflicht und die elterliche Autorität unter der jungen Arbeiterkraft besser als bisher aufrecht zu halten. Der Zweck kann ohne größere Belästigungen der Betriebsinnehmer erreicht werden, ohne solche es zu sein.

Die Vorkommnissekommission ist jetzt mit der Ausführung eines Generalauftrags in der Angelegenheit beschäftigt. Mit der Aufhebung dieses Gerichts sind Ober-Rechtsrat Dr. Gump, Senatspräsident Wiener, Professor Gohn und Kommerzienrat Frenzel betraut. Bis zum Juli hofft man den Bericht dem Vorgesetzten der Kommission übergeben zu können. Im September d. J. soll alsdann eine Subkommission, bestehend aus dem Vorgesetzten dem Geheimen Ober-Rechtsrat Dr. Hoffmann vom Reichs-Justizamt und den Referenten, in Berlin zusammen treten, welche die etwaigen redaktionellen Änderungen vornimmt; dann erst wird die Enquete-Kommission zur endgültigen Genehmigung des Generalberichts berufen werden. Im ganzen hat die Kommission bisher 91 Sitzungen abgehalten.

Die Errichtung einer Marinekassette und eines Bankerslots an der westlichen Ausmündung des Kanals bei Brunsbüttel an der Elbe hat vorbehaltlich der Genehmigung des Reichstags die Vorüberwindung jetzt endlich beschlossen. Das Reich soll mit 400 Tausend Reichsmark, die Krupp liefert, befristet werden. Ein zweites Fort soll bei Marne am 16. d. M. fertig angelegt werden. Der kommissarische Senat hat dem deutschen Marinechef die Erlaubnis erteilt, auf dem vom letzteren angekauften Terrain bei Lyuban noch fünf neue große Schandarten zu errichten zu dürfen. Die mit Kruppigen 600 Contingente der dort anzuweisenden Besatzungen sollen zwischen dem Fort Kugelbake und dem Ort Düben in unmittelbarer Nähe der Elbe aufgestellt werden.

Rektor Alwardt ist auf Grund der Absichtsanzeige, in welcher am Freitag (19.) Termin angedeutet hat, aus seinem Amt zu scheiden. Das Abschieds-entemittal ist seitens des Provinzialkollegiums zu Potsdam ergangen. Hiergegen liegt Alwardt noch die Berufung an das Staatsministerium zu.

Freitag, 24. Mai. Hier ist man in Sorge über das Verhalten des Hagens, der von Riga nach Riga-Island abgefahren ist. Den unangenehmsten Gerüchten ist zwar häufig halbseitig widersprochen worden; doch wird auf Schloss Calenberg mit Hagen am Anfang für den Herzog gearbeitet, da angenommen wird, er würde das Treppengeschehen vermeiden; seine Rückkehr wird in kurze erwartet. Freilich hat der Herzog auch nach seinem Abreise Anlauf zur Schenung; er steht mitteln seines 50. Regierungsj. und nahe der Vollendung (21. Juni) des 75. Lebensjahres.

Montag, 24. Mai. Heute waren hier etwa 350 Vertrauensmänner der westfälischen Centrumspartei versammelt. Es wurde ein befehlender Aufzug zu dem Aufzug beschlossen. Der Antrag des Vorsitzenden Schulz (Hamm), in Bezug auf die Militärvorlage den Abgeordneten freie Entscheidung zu gewähren, erhielt nur 60 Stimmen, unter welchen sich die des Freyden von Schorlemer-Niß befand. Ueber den Antrag Schorlemer's, es für notwendig zu erklären, aus den westfälischen Centrustimmen vier Mandate an Berufslandwirthe zu übertragen, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Darauf verließ Freyden von Schorlemer-Niß mit zahlreichen Landwirthen den Saal.

Wormenaustrichten. S. W. Forderung „Voretz“ ist am 23. d. in Beirut eingetroffen und beschäftigt am 27. d. nach Smyrna in See zu gehen. S. W. Schiffsmannschaft „Grellenau“ ist am 22. d. in Newport eingetroffen und beschäftigt am 21. Juni die Heimreise anzutreten.

Zu den Wahlen.

Halle, 25. Mai. Der Landrat des Saalkreises vertheilt die Eintheilung des Kreises für die Wahl zum Reichstage am 15. Juni. Der Saalkreis — 146 Orte — ist danach in 111 Wahlbezirke (1890 d.) eingetheilt. Die Eintheilungsbefugnisse wird in den nächsten Tagen von uns mitgeteilt werden.

Stettin, 24. Mai. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die in einigen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über die Kandidatur des Hofrath's v. S. u. d. in Stettin-Bezirkskollegiums vollständig der thatsächlichen Begründung entbehren.

Stettin, 24. Mai. Dieser Tage wurde gemeldet, in unserem Wahlkreise (Stettin-Beruburg) sei seitens der Liberalen Herr v. S. u. d. in Berlin als Kandidat für die Reichstagswahl ausgetreten worden. Als Gegenkandidat ist der hiesige Wahlkreise überhaupt noch kein freimüthiger Kandidat; bisher sind zwar verschiedene Kandidaturen vorgeschlagen, aber so lange keine dieser Vorschläge die Zustimmung der ad hoc einberufenen Wähler-Versammlungen gefunden hat, kann von keiner für die Rede sein. Im Auftrage genommen ist auch unser Wahlbezirk, der durch seine Oberwürdigkeit für gemeinschaftlichen Zweck, seine debite Selbstverpflichtung im ganzen Wahlkreise bestimmte und abwechselnde Kommissionsrat, Felix Friedheim in München, im öffentlichen Leben kein Bestehen. Auf diesen Herrn würden die Stimmen aller Wähler und vielleicht noch freimüthigen Wähler überzugehen, daher wird die Kandidatur Felix Friedheim den freimüthigen Wählerüberwindungen vorgezogen werden, und die Wahlrecht wird dann einstimmen, wie angekündigt wird. Das Dr. Friedheim die Kandidatur annehmen würde, ist zweifellos.

F. Wulfs, 24. Mai. Als sozialdemokratischer Kandidat im 1. weimarschen Wahlkreise ist der Gelehrte Aug. Panderl aus Wulfs ausgetreten.

Burg, 24. Mai. Nachdem die Kandidatur Siemens fallen gelassen wurde, haben die Wähler den freimüthigen Volkspartei Herrn Dr. Krieger in Weimar ausgetreten.

Wien, 23. Mai. Für den Reichstags-Sitzungen wurde von der deutschen Reichstags-Schriftsteller Dr. M. G. Conrad als Reichstags-Kandidat ausgetreten.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Der Kaiser ließ die Familie des ehemaligen Ministers v. Schmerling durch den General-Adjutanten v. Paar ein Verleib ausdrücken. Heute morgen ist der Kaiser zur Besichtigung des Lagers in Brud eingetroffen. Im Besitze des Kaisers befinden sich die Militärattachés von Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland, Spanien und Rumänien.

Der „Pol. Kor.“ zufolge hat der Kaiser die Beschlüsse der Dresdener internationalen Sanitätskonvention ratifizirt. Das Ratifikationsinstrument ist sofort nach Berlin geschickt worden.

Der Ministerrath verhandelte am Dienstag über die Vorgänge in Böhmen und erörterte die Frage eines gerichtlichen Eingreifens gegen die jugoslawischen Landtagsabgeordneten. Der „N. Fr. Pr.“ zufolge wird die Regierung die gerichtliche Verfolgung nicht anordnen, nach einer andern Angabe bleibt es dem Erlassen der prager Staatsanwaltschaft überlassen, gegen die Jugoslawen, welche die Verwahrung der Vorlage wegen Errichtung eines Kreisgerichts in Trautauau gewaltsam verhindert, einen Straf-antrag zu stellen, da angeblich politische Beventen gegen die Erhebung einer solchen Anklage nicht obwalten. Mit dieser Weisung soll offenbar nur eine Drohung ausgesprochen werden, da zweifellos das Strafverfahren gegen die Jugoslawen nicht eintritt. Doch scheint die Regierung anderweitige Schritte vorzuziehen. Der hiesige Landtag soll im Herbst wieder zusammen treten; die Regierung will dann Verordnungen treffen, damit der Landtag die Verwahrung der Trautauauer Vorlage beenden kann. Der Statthalter von Böhmen, Graf von Tsur und Hohenstein, ist übrigens gestern in Wien eingetroffen.

Schweiz. Der Chef des landwirtschaftlichen Departements, Bundesrath Deucher, wird ein gemeinsames Vorgehen der Bundes- und Kantonal-Verwaltungen zur Vermeidung der Vermehrung der Viehkrankheiten im kommenden Winter. Insbesondere wird durch gemeinsame Ankauf überreicher Kraftfuttermittel, namentlich von Preßheu und Preßstroh Vororge getroffen werden.

Norwegen. In dem Ministerrath, welcher am 20. Mai in Stockholm abgehalten wurde, gelangte der Antrag der norwegischen Regierung zu Annahme, daß an der Resolution des Storting vom 27. Juni 1892 über die Vertagung der Konstitutionaltag keine Änderung vorzunehmen werde. Der Antrag ist zur Störung eingebracht worden und wurde heute zusammen mit der Interpellation Ullmann betr. die Konstitutionsfrage, beraten werden.

Belgien. Der internationale Gewerkschaftskongress in Brüssel hat sich gestern in einer Resolution für das Prinzip der gesetzlichen Festlegung des Arbeits-tages in den 6 Stunden auf acht Stunden, die Ein- und Ausfahrt eingeschlossen, ausgesprochen, sowie für die Anwendung gesetzlicher Mittel behufs Erlangung des Achtstunden-Arbeits-tages. Für die Resolution stimmten 994,000, dagegen 100,000 Stimmen. Art. 3 der Resolution, wonach Anfang nächsten Winters der allgemeine Auktan erklärt werden soll, falls die einzelnen Staaten den Achtstundentag nicht bewilligen, wurde mit 974,000 gegen 12,000 vertretene Stimmen angenommen. Die französischen, belgischen, deutschen und österreichischen Delegirten stimmten mit der Mehrheit; die englischen Delegirten für die Gebiete Durham und Wales stimmten gegen den Artikel. Art. 4 der Resolution, welcher besagt, daß der Kongress sich ausschließlich mit internationalen Fragen zu beschäftigen habe, wurde durch Erheben von den Seiten angenommen. Endlich beschloß der Kongress einstimmig die Abschaffung der Frauenarbeit in den Bergwerken.

Berlin (äußerer Einfluß) beschäftigt am Freitag in der Kammer an den Justizminister eine Interpellation über die Ausweisung der zu dem Gewerkschaftskongress eingetroffenen französischen Delegirten Bah und Lamendin zu richten.

Holland. Die zweite Kammer genehmigte mit 64 gegen 9 Stimmen die fünfjährige Verlängerung des mit der niederländischen Handelsgeellschaft über Konstitution der Kultur-ergänzungs von Niederländisch-Indien geschlossenen Abkommens.

Italien. Der „Agenzia Stefani“ zufolge hat der König die Demission des Gesamtministertabes nicht angenommen, sondern nur diejenige des Justizministers Bonacci. Der König habe den Ministerpräsidenten Giolitti aufgefordert, ihm sühnig Kompletzung des Kabinetts Vorschläge zu machen. Wie das genannte Bureau weiter meldet, hat der König gestern abend 8 Uhr die Demission zurückgewiesen, durch welche der Senator Cula zum Justizminister und der Senator Gagliardo zum Finanzminister ernannt werden. Cula und Gagliardo haben alsdann dem Könige den Eid geleistet.

England. Die kaiserliche Familie passirte am Dienstag abend Exeter und sollte gestern nachmittag in Devon ein treffen. Großfürst und Großherzogin ist auf der Heim nach dem Kontinent zurückgekehrt.

Anlässlich des Jahrtages des Vereins fand am Dienstag eine feierliche Vereinsversammlung statt, in welcher der Vereinspräsident Graf Janczic, wie der „Regierungsbote“ meldet, eine kurze Rede der Thätigkeit des Vereins während der 20 Jahre seines Bestehens verlas. Die vorliegende Rede zufolge war jedes Mitglied der Vereinigung verpflichtet, die Interessen der Delegirte, s. d. bezogene der Kroaten, waren eigens nach Petersburg gekommen, um dem Vereine ihre Glückwünsche zu überbringen. Die Vertreter der Serben, Kroaten, sind in Galizien lebenden Russen, der in Ungarn wohnenden Polen und der Slaven, welche russische Schanzellen besaßen, gaben in ihren Glückwünschen unter Anerkennung der Verdienste des Vereins den Wunsch Ausdruck, daß der Verein seine fruchtbringende Thätigkeit fortsetzen möge. Im Laufe der Sitzung wurden Glückwunschkarteogramme des Fürsten und des Erbprinzen von Montenegro, des montenegrinischen und des serbischen Metropolitens, von Kiewer und Galizischer Bischöfen und anderen hohen russischen und galizischen Beamten und russischer Gesellschaften gelesen. „Regierungsbote“ meldet, daß die Delegirten über die Stimmen, welche der Petersburger russische Wohlthätigkeitsverein

für die Ausbildung junger Slaven, für Wasserentwässerungen in hiesigen Städten, für die Unterhaltung russischer Volkshochschulen in Petersburg, das Gesamtministerium in Petersburg von dem russischen Kaiser auf 108,950 Rubel, das Reichsdepartement auf 104,165 Rubel beziffert.

Rumänien. Die Parlamentssession ist bis zum 1. Juni verlängert worden. — Die Kammer hat den Gegenstand betreffs Abänderung der Wahlgesetze bei der Wahl der Bischöfe und Metropolitens angenommen.

Ungarn. Anlässlich der Cyrill und Methodiusfeier wohnten gestern Prinz Ferdinand und Gemahlin dem Gottes-dienste in Trnovo bei. Hieran fand eine Vorstellung des Hilarcorps des zweiten Kavallerie-Regiments statt, bei welcher die Prinzessin als Anführerin des Regiments in der Uniform beiseite erschienen. Nach dem Vorgesang der Truppen wechselte die Stadt ein Banquet, bei welchem Prinz Ferdinand den ersten und Stambulow den zweiten Toast ausbrachte. — Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Soborane stand die Beratung der Ministeradresse auf die Thronrede. Der Tag des Sitzungs-schlusses ist noch nicht festgesetzt.

Nordamerika. Wie der „New-York Herald“ aus Panama meldet, fand am Samstag in Nicaragua zwischen dem Truppen der Regierung und den Aufständischen eine Schlacht statt, welche 12 Stunden währte. Die Regierungstruppen wurden geschlagen und verloren fast die Hälfte an Toden, Verwundeten und Deserturen. Der Rest ist demoralisirt.

Galle und Ausgegend.

— Dem Rechenen nach ist der bisherige Salzfleiß des Landesgerichts zu Stolp i. B. Hagen, an das hiesige Landgericht verlegt als Nachfolger zum Senats-Präsidenten dem Kommerzienrat exanomen Landgerichtspräsidenten Werner.

— Die Gemitter, die gestern nachmittag über unsere Stadt flogen, sind in der Gegend zwischen Niemburg und Stamsdorf, woselbst zwei verschiedene Wetter zusammengekommen, heftiger ausgebrochen. Es ging etwa 1 1/2 Stunden lang ein wolkenbruchähnliches Regen nieder, durch den u. a. eine Verkehrsstraße auf der Eisenbahnlinie Magdeburg-Salle verunreinigt wurde. Ein Flughaufen schießend unmittelbar auf den Eisenbahnhöfen zu. Der Regen war lange Zeit mit Wasser angefüllt und die Früchte schwebten über die Gasse hinweg. Dadurch entstand eine Unreinlichkeit des Bodens, demnach, welche Flüge über die unterirdische Stelle nicht mehr geführt werden konnten. Es trat ein Arbeitstag aus Halle ein, und unter Leitung eines höheren Eisenbahnbeamten wurde sofort die Ausbesserung des Schadens in Angriff genommen, erst heute früh gegen 5 Uhr war dies vollendet, wobei der Verkehr wieder in seinem Umfang über die Gasse geleitet werden konnte. Gestern abend und die Nacht hindurch ist der Verkehr durch Hülfswege ordentlich erhalten worden. Eine Stunde von der erwähnten unterirdischen Stelle entfernt, hatte eine andere nicht weniger erhebliche Unreinlichkeit stattgefunden, hier konnte der Schaden nicht mehr abgegrenzt werden. Die Fluren ist durch die Regenmassen erheblicher Schaden noch nicht erodieren.

Univeritäts- und Hochschulanrichten.

Breslau, 24. Mai. Der hiesige Corvinnus-Baron in Potsdam D. v. S. ist am Professor der Zoologie an der evangelisch-theologischen Fakultät der hiesigen Universität und zugleich zum Ober-Konviktualrat des Konviktors der Provinz Schlesien ernannt worden.

Provinzial-Verordnungen.

Magdeburg, 24. Mai. Wie bereits telegraphisch gemeldet, ist das Ausmaß der Erbe- und Grundsteuer heute früh 6 Uhr im Hofe des Verwaltungsamtes entworfen worden. Etwa 60 Personen Vertreter der städtischen und ländlichen Behörden, Offiziere, Vertreter der Presse wohnten dem Akt bei. Unter dem Geleit der Armeninverhalte erschien zuerst die Dorothée Duntrock. Ihr Gesicht war schmerzhaft, sonst erschien sie gefest. Nach Beilegung der Alerchischen Entscheidung über die Vertheilung im Auftrage der Arbeitsvollziehung. Nach Ablehnung dieses Beschlusses wurde sie von Schatzmeister Schmidt übergeben. Dieser letzte ihr heftigen Widerstand entgegen, doch dauerte dies nur wenige Augenblicke — die Schatzmeistergehilfen legten sie auf den Boden — und alsdann war das Urteil vollstreckt. Nachdem der Schatzmeister mit lauter Stimme dem Erben Staatsanwalt die Vollstreckung des Todesurtheils förmlich genehmigt, erwiderte der Arbeiter Erbe, wüßig selbsterregt und geschrien: „Er erklärte, daß er ein neues Verfahren verlangt habe. Auf die Antwort des Staatsanwaltes, daß dieser Antrag abgelehnt ist, wurde auch an ihm das Urteil vollstolligen. Die Leichen wurden sofort in schwarze Säcke gelegt, der Erste Staatsanwalt forderte die Anwesenden zu einem Gebet für die Gestorbenen auf und der Akt war beendet.“

Halle (S.), 24. Mai. Am 2. Pfingsttage erkrankte der Gehrschreiber Schulz an einem Fieber, dem er in der freien Saale. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden. — In dem benachbarten Traubitz erkrankte sich am demselben Tage in der Saale die Hofdame Schiffer.

Gleibitz, 24. Mai. In dem benachbarten Krappitz wurde heute nachmittag ein junger Dienstknicht vom Pferde erschlagen.

G. Weiden, 24. Mai. Im Leubegrund ist heute nachmittag ein Volkensbruch übergegangen. Die Wasserwerke haben seitwärts unsere Erde völlig vernichtet. Die wenigen Minuten vorher noch als selbster nach dahinstreichende Weiden schwoll zu einem mächtigen Fluße an, der in seinen schäumigen Fluten alle mit fortgeschwemmte Gerüste, Häuser, Holz usw., mit sich führte. Ein breites Gebiet war von Hochwasser überfluthet. Kurz nachdem die Katastrophe erfolgt war, traf von Zeulenrode die Nachricht ein, daß dort ebenfalls ein Volkensbruch übergegangen sei. Das Wasser stieg gegen Abend hier noch fortwährend und drang bereits in die Häuser.

Bereine und Versammlungen.

Dreihellige Allgemeine Deutsche Lehrervereinigung (Deutscher Lehrerverein).

III.

G. M. Weipold, 24. Mai.

Die heutige zweite Hauptversammlung begann um 10 Uhr nachmittags mit geschäftlichen Mittheilungen des Vorsitzenden Herrn v. B., darunter einer Besprechung des Jahresberichts, dem der Lehrerverein seinen Dank für das an ihn gefundene Begrüßungsbelegament ausdrückt, worauf Herr Schulzschreiber Scherer aus Worms über das Thema: „Die Schulmoral“ — worin muß die Schule der Zukunft sein? — referirte. Referat hatte an einem Vortrag über „Athen“ ausgeführt. Die zweite und wichtigste Sitzung der heutigen Action verhandelt eine eingehende nationale Bildung, welche durch eine nationale Schule vermittelt werden muß. Diese darf keine Trennung nach Konfessionen kennen, sondern muß einen humanen Charakter haben. 2. Wenn auch im Reichsamtvertrich der Schulmoral die Schule, auch nach der Konfession getrennt unterrichten zu lassen, ist nicht möglich, so muß doch die Besondere des Lehrstoffes nach christlichen und gleichen völkischen Grundsätzen stattfinden, damit der christliche Charakter

F. J. Schultz, Halle a. S., vis-à-vis Café Bauer,

Tuchhandlung verbunden mit Anfertigung feinerer Herren-Garderobe nach Maass, empfiehlt zur „Reise-Saison“:

Loden-Anzüge nach Maass von 34—48 Mt., imprägnirt, imit. Kammgarn-Anzüge Mt. 35, wassicht, Beige-Anzüge von 45—60 Mt. Gleichzeitig gestatte ich mir auf mein reichhaltig fortirtes Lager von Plaidriemen, Reiseplacids, Staubmäntel, Gummimäntel, Ulster, Juppen, Paletots mit u. ohne Besserie, Havelocks, Bureau-Jaquetts, Tricotagen, Sportheimden, Waschwesten, Gamaschen etc. aufmerksam zu machen und halte mich bei Bedarf angelegentlichst empfohlen.

Künstl. Zähne,
a Stück 3 Mt., sehr schmerzlos ein, Reparaturen, Plombiren, Zahnoperationen liefert aus
Rob. Pfandler,
Ob. Weing. 80, Cing. Sturzen.

Schreibersdorf's
De Brämer'sche Heilanstalt
für Lungenkrankheiten
Sommer- u. Winter-Kur
Ultr. Prospekte v. d. Verwaltung.

Hasserode
bei Wernigerode im Gars.
Erstklassiger Luftkurort.
Hotel und Pensionat
„Steinernes Haus“
Theodor Niewerth.

Hotel Bekeme.
Wernigerode, Salzberg.
Touristenheim und Familienpension.
Mäßige Preise.
Vef. Wwe. A. Müller.

Ohreringe,
ganz neue, aparte Muster,
speziell reizende Kinder-Ohr-
ringe, empfiehlt in jedem
erdenklichen Genre zu jeder
reiner Ausübung
J. Essig,
Spezialgeschäft,
Grosse Ulrichstraße 41.

Butter 10 Pfund-Gall Honig
st. Süßrahmb. 4.60, ff. rein. Vienen-
honig 4.80. S. Zwitzer, Tulle, Galia.
Butter 10 Pfund-Gall Honig
st. Süßrahmb. 4.50, 4.1 r. Edelweisschmalz
4.80 Mt. S. Waag, Tulle, Galisten.
Die electromotorischen
Bahnhofsbander
der Gebr. Greninger befördern
Kindern das Bahnen aufserordentlich.
In Halle bei H. Watzgott.



Königlich Preussische Lotterie.

Laut Verfügung der Königl. General-Lotterie-Direction in Berlin ist dem Unterzeichneten die neuereite

4. Lotterie-Einnahme

für hiesigen Ort verliehen und zu dem Zwecke der Vertrieb einer Anzahl spielerfreier Staats-Lotterie-Loose übertragen worden.

Die Ausgabe der Loose I. Klasse 189. Landes-Lotterie beginnt planmäßig am

29. Mai dieses Jahres

und werden schon jetzt im Bureau des Unterzeichneten Anmeldungen von Loose-Reflectanten entgegengenommen.

Halle a.S., Neue Promenade 15, I.

von Schimmelpennig gen. v. d. Oye,
Major a. D. u. Kgl. Lott.-Einnahmer.

Engros. **L. OTTO SCHULTZ,** Halle a. S. Engros.
Leipziger Str. 90, I. (C. F. Ritters Neubau).

Engros-Geschäft

in
**Manufactur-, Leinen- u. Baumwollwaaren,
Hemden, Tüchern u. Arbeiter-Garderobe.**

Sehr grosses Lager, daher der Besuch desselben für Wieder-
verkäufer ganz besonders empfehlenswerth.

Engros. Muster- sendungen auf Wunsch. Engros.

Gratis
erhalten alle neu hinzutretenden Abonnenten den bis zum
1. Mai erscheinenden Theil des überaus feinen Berliner Romans
„In den Fesseln der Schuld“
von Friedrich Dernburg.
Berliner Tageblatt
— und Handels-Zeitung —
mit Gratis-Verlosungslifte nebst feinen werthvollen Separat-
Beilagen: „Mutter, Wigbold“, „U.L.K.“, „Veltre“, „Sommerabend“,
„Deutsche Reichsliste“, „Leistungsmässiges Weltblatt“, „Der Zeitgeist“,
„Mittheilungen über Landwirtschaft“, „Für den Monat Juni“,
„Gartenbau und Hauswirtschaft“, „Für den Monat Juni“
folgt bei allen Reichspostämtern nur **1 M. 75 Pf.**
Probe-Nummern d. d. Exped. des „Berliner Tageblatt“, Berlin SW.

Tabak-Blatte
H. Pastorentabak
1/2, 1/3, 1/4 Pf. - Packung à 80 Pfg. per Pfd. Bei größeren
Bestellen angemeßener Rabatt. Nur echt mit nebenstehender
Schutzmarke bei
Franz Stempel,
Alle Promenade 23 und Gde König- u. Merck-Str.
Für den Angelegentlich verantwortlich: H. König in Halle.

**Bade-Anzüge,
Bade-Mützen,
Bade-Pantoffeln,
Bade-Mäntel,
Bade-Laken,
Bade-Handtücher,
Bade-Hosen**
empfiehlt
H. C. Weddy-Pönicke.

Schaufenstergestelle (Spezialität seit 18 Jahren)
Bestelle zum Tragen von Glasplatten, Crisfallasplattten,
Einzelständer, Wandarme, in Schmiedeeisen bearbeitet u. vergoldet,
Eisen, Treppen, Baumgestelle, Messing polirt, lackirt oder vernickelt,
fertigt nach eigenem System, sowie nach Angabe und Maass.
Musterlager Leipzig, Ritterstr. 30, I. Et. F. A. II. 731.
Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

**Conto-
Bücher,
Haupt- u.
Cassa-
Bücher.**
Aug. Weddy,
Selbstverf. 22.

Photogr. Apparate
mit allem Zubehör liefert zu
Originalfabrikpreisen
Hugo Peter, Halle a. S.,
Alle Prom. 35, a. d. Saubvost.
Größtes Lager aller Arten
Böttcherwaaren.
G. Zander, Gr. Klausstraße 12.

Schuhwaaren,
unter meiner Leitung höchst solid u. dauer-
haft angefertigt, halte ich bestens emp.
Wetterling, Schmeerstr.
Fächer- Klink
reparirt alle Fächer u. ersetzt, probw. Kauf
alt. Gestells, Lager u. Versand. Preis gratis.
N.B. Fächer gehen bis 250 gr. f. 20 Pf. per Dutz.

Blutzel aller Art empfiehlt bill.
Georg Zeising.
**Californische
Rothweine.**
Als hervorragende, absolut naturreine
Tische u. Tafelweine empfehlen wir:
Zinhandel 1,20 M. } per Flasche
Gros Wancin 1,50 M. } per Glas
Burgunder 1,50 M. } per Glas
Schulze & Birner, Halle,
Rathhausgasse,
F. Radloff, Löbjuhl.

Prima Käse
1/2 Pfd.-Stücke, in reiner und halbreiner,
sehr gut schmeckender Waare, à Str.
20 M., unter Packung, oder bei Auf-
gabe von Wasser, 1 Pfund hier, liefert
Molkerei Niederelbischen C. S.
Kefirmilch!
höchst empfohlen bei Augenleiden,
Galstarrsch, Zungen- und Mundsch-
wulst, Magenkatarrh, und
allen Schwächenzuständen, bereitet
auf Bestellung die Löwen-Apo-
theke, Halle a. S.

Butter!
Wer eine ganz vorzügliche Tafel-
butter (höchst frisch) in Stückchen netto
8 Pfd. zum Preise von 9 Mt. franco
Nach. regelmäßig beziehen will, wende
sich an Entscheider
W. Lentz, Popelken, Aspr.
**Ganz frische
Land-Eier**
täglich Entlieferungen.
F. H. Krause, Gr. Ulrichstr. 24.
Delikate fetter
Alpen-Limburger-Käse
feinster Qualität.
F. H. Krause, Gr. Ulrichstr. 24.
Mit Unterhaltungsblatt und 1 Beilage.